



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Bern, 12. Mai 2023

Anteil der gemeinnützigen Wohnungen soll auf zehn Prozent verdoppelt werden

Runder Tisch zur Wohnungsknappheit: Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert nationales Förderprogramm

Bundesrat Parmelin lud heute zu einem Runden Tisch zum Thema Wohnungsknappheit ein. Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, forderte ein nationales Förderprogramm von Bund, Kantonen und Gemeinden zur Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen.

Angesichts der aktuellen Wohnungsknappheit lud Bundesrat Parmelin heute die Vertreterinnen und Vertreter der Immobilienbranche sowie von Kantonen, Städten und Gemeinden zu einem Runden Tisch ein. Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, forderte den Bundesrat auf, zu handeln: «Um die breite Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, braucht es mehr gemeinnützigen Wohnungsbau», betonte Verbandsdirektor Urs Hauser. «Ziel ist es, den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in den nächsten zehn Jahren auf mindestens zehn Prozent zu erhöhen. Dafür braucht es ein nationales Förderprogramm.»

Besserer Zugang zu Bauland und finanzielle Förderung gefordert

Der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz forderte Bund, Kantone und Gemeinden auf, gemeinsam Massnahmen für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau zu ergreifen. Unter anderem soll gemeinnützigen Wohnbauträgern der Zugang zu geeigneten Grundstücken ermöglicht werden. So verlangt der Verband, dass der Bund sowie bundesnahe Betriebe wie die SBB nicht mehr gebrauchte Areale für gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Auch soll der Bund den Gemeinden die Möglichkeit geben, mit einem Vorkaufsrecht Land zu erwerben für gemeinnützigen Wohnungsbau. Dies entspricht auch einem Anliegen der Städte und städtischen Gemeinden, von denen gemäss einer aktuellen Studie 80 Prozent ein Vorkaufsrecht befürworten. Damit die Gemeinden das Vorkaufsrecht auch nutzen können, muss der Bund sie bei Bedarf mit Beiträgen aus einem neu zu schaffenden Landerwerbsfonds unterstützen. Ausserdem soll der Bund Ressourcen bereitstellen, um Gemeinden in wohnungspolitischen Fragen zu beraten und bei der Entwicklung einer Wohnstrategie zu unterstützen. Zudem sollen die bisherige Wohnbauförderung in Form von zinsgünstigen Darlehen aus dem Fonds de Roulement und Bürgschaften ausgebaut und zusätzliche Unterstützung für den Kauf von Land oder Liegenschaften bereitgestellt werden.

Von Kantonen und Gemeinden verlangt Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dass sie ihre Landreserven im Baurecht oder zum Kauf an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben. Auch mit raumplanerischen Vorgaben, zum Beispiel einem Mindestanteil von gemeinnützigem Wohnraum bei grösseren Arealen oder Nutzungsprivilegien für gemeinnützige Wohnbauprojekte, können Gemeinden aktiv mithelfen, mehr preisgünstigen gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen.

Förderprogramm muss rasch lanciert werden

«Die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und die möglichen Lösungen sind bekannt, nun muss rasch gehandelt werden. Und zwar nicht mit Einzelmassnahmen, sondern mit einem koordinierten Förderprogramm unter der Leitung des Bundes», forderte Urs Hauser.



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

Nachhaltige und zukunftsorientierte Lösung gegen Wohnungsnot

Die Schaffung von mehr gemeinnützigem Wohnraum wäre ein probates Mittel gegen die Wohnungsnot und für eine gute und nachhaltige Wohnraumversorgung. Dies nicht nur, weil gemeinnützige Wohnungen dank dem Verzicht auf Gewinnentzug bis zu 60 Prozent günstiger sind als andere Mietwohnungen. Sondern auch, weil gemeinnützige Wohnbauträger dank Belegungsvorschriften und dichter Bauweise für einen geringeren Flächenverbrauch sorgen und besonders nachhaltig und ressourcenschonend bauen. Ausserdem gehören sie zu den Pionieren für neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens.

Die Forderungen von Wohnbaugenossenschaften Schweiz im Überblick

- Start eines nationalen Förderprogramms in Zusammenarbeit mit Bund, Kantonen und Gemeinden zur Erhöhung des Marktanteils der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz.
- Der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus muss sich in den nächsten zehn Jahren mindestens verdoppeln, von 5 auf 10 Prozent.
- Wiederaufnahme des politischen Dialogs zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden unter Beizug der Verbände des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Inhalte des Förderprogramms von Bund, Kantonen und Gemeinden

Ebene Bund

- Ausbau der bewährten Instrumente Fonds de Roulement und Emissionszentrale EGW
- Finanzielle Unterstützung von gemeinnützigen Wohnbauträgern für den Kauf von Land/Liegenschaften.
- Zugang zu nicht mehr benötigten Arealen des Bundes und bundesnaher Betriebe für gemeinnützigen Wohnungsbau
- Vorkaufsrecht für Gemeinden zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus
- Landerwerbsfonds für Gemeinden, die Areale für gemeinnützigen Wohnungsbau erwerben möchten
- Ressourcen für Beratung und Unterstützung von Gemeinden in wohnungspolitischen Fragen

Ebene Kantone

- Abgabe von Land im Baurecht oder zum Kauf an gemeinnützige Wohnbauträger
- Vorkaufsrecht für Gemeinden zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus
- Landerwerbsfonds: Die Kantone sollen die Gemeinden dabei unterstützen, Land zu kaufen (insbesondere bei der Ausübung des Vorkaufsrechts).
- Gründung von kantonalen öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Land oder Liegenschaften erwerben, um günstigen Wohnraum zu erstellen oder Grundstücke an gemeinnützige Wohnbauträger abzugeben

Ebene Gemeinden

- Festlegung eines Mindestanteils an gemeinnützigen Wohnungen bei Arealen einer gewissen Grösse.
- Boden- und Wohnstrategien entwickeln und mit gemeinnützigen Wohnbauträgern umsetzen
- Nutzungsprivilegien (z.B. Ausnützung, Bauhöhe) für gemeinnützige Wohnbauprojekte festlegen
- Vorkaufsrecht in der Gemeinde verankern
- Abgabe von Land im Baurecht oder zum Kauf an gemeinnützige Wohnbauträger
- Gründung von gemeinnützigen Wohnbauträgern
- Darlehen/Beiträge an gemeinnützige Wohnbauträger

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von 1265 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 160'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch

Pressekontakte

Eva Herzog, Präsidentin: 079 790 34 79, eva.herzog@parl.ch

Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, urs.hauser@wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch